

ERLÄUTERUNGEN

Zur Verordnung zum Schutz des Grundwasservorkommens St. Georgener Bucht (Grundwasserschongebiet St. Georgener Bucht)

A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Inhalt dieser Verordnung

Die St. Georgener Bucht, ein Auebereich entlang der Donau in den Gemeinden St. Georgen an der Gusen, Langenstein und Luftenberg, ist wegen ihrer weiträumigen Schotterfluren sowohl für die Trinkwassergewinnung als auch für Schotterentnahmen wertvoll. Östlich der hier stehenden Ruine Spielberg wird schon seit Jahren in großen Mengen Kies gewonnen. Entlang der Donau erstreckt sich ein Austreifen mit hohem Potential für Renaturierungsmaßnahmen (Studie „Gewässer- und Auenökologisches Restrukturierungspotential an der österreichischen Donau“, EZB – TB Zauner, 2006).

Für die LINZ SERVICE GmbH und den Wasserverband Untere Gusen ist die St. Georgener Bucht ein gut geeignetes Hoffnungsgebiet für Brunnenstandorte zur Trinkwasserversorgung mehrerer Gemeinden. Der Wasserverband versorgt schon jetzt rund 15.000 Menschen in den Gemeinden St. Georgen an der Gusen, Langenstein, Luftenberg, Ried/Rdmk. und Engerwitzdorf mit Trinkwasser. Die Absicherung der möglichen Brunnenstandortbereiche für die künftige Trinkwassernutzung hat besondere Bedeutung und liegt in hohem wasserwirtschaftlichem Interesse. Darum wurde dieses Gebiet schon vor einigen Jahren als bedeutende Grundwasser-Vorrangfläche identifiziert. Die rechtliche Absicherung des langfristigen Schutzes des Grundwasservorkommens St. Georgener Bucht durch ein Schongebiet für die künftige Trinkwasserversorgung liegt daher in hohem öffentlichem Interesse. Die LINZ SERVICE GmbH und der Wasserverband Untere Gusen sind bereit, die Trägerschaft für ein solches Schongebiet zu übernehmen.

Die Basis dieser Verordnung bilden das vom Land OÖ beauftragte Grundlagenoperat „Schongebiet St. Georgener Bucht“ des Büros MJP Ziviltechniker GmbH, und das darauf aufbauende Fachgutachten vom 16.5.2024 sowie die Ergebnisse des durchgeführten Begutachtungsverfahrens.

II. Kompetenzgrundlagen

Artikel 10 Abs. 1 B-VG, Ziffer 10: Wasserrecht

Gesetzliche Grundlagen im Wasserrechtsgesetz:

§ 34 Abs. 2 Wasserrechtsgesetz 1959:

Zum Schutz der allgemeinen Wasserversorgung kann gemäß § 34 Abs. 2 WRG. 1959 der Landeshauptmann mit Verordnung bestimmen, dass in einem näher zu bezeichnenden Teil des Einzugsgebietes (Schongebiet) Maßnahmen, die die Beschaffenheit, Ergiebigkeit oder Spiegellage des Wasservorkommens zu gefährden vermögen, vor ihrer Durchführung der Wasserrechtsbehörde anzuzeigen sind oder der wasserrechtlichen Bewilligung bedürfen, oder nicht oder nur in bestimmter Weise zulässig sind. Zugleich kann die wasserrechtliche Bewilligung für solche Maßnahmen an die Wahrung bestimmter Gesichtspunkte gebunden werden. Solche Regelungen sind im gebotenen Maße nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse abgestuft zu treffen. Die Anordnung von Betretungsverboten darf überdies nur insoweit erfolgen, als das Interesse am Schutz der Wasserversorgung die Interessen von Berechtigten oder der Allgemeinheit am freien Zugang zu den in Betracht kommenden Flächen übersteigt.

§ 35 Wasserrechtsgesetz 1959:

Zur Sicherung des künftigen Trink- und Nutzwasserbedarfes können, wenn das zu schützende Wasservorkommen geeignet und dafür erforderlich ist, nach Prüfung der Verhältnisse und Abwägung der Interessen gleichfalls Anordnungen im Sinne des § 34 erlassen werden. Einschränkungen fremder Rechte sind jedoch nur so weit zulässig, als eine nach § 34 Abs. 4 gebührende Entschädigungsleistung gesichert ist. Wer eine solche Entschädigungsleistung übernommen hat, ist in allen das geschützte Wasservorkommen betreffenden Verfahren Partei.

III. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Den Gebietskörperschaften sowie den weiteren nach dem Gesetz beizuziehenden Stellen wurde entsprechend der "Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus", BGBl. I Nr. 35/1999 bzw. entsprechend der "Politischen Vereinbarung", LGBl. Nr. 1/1999 Gelegenheit zur Äußerung zum Verordnungsentwurf hinsichtlich seiner finanziellen Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften gegeben.

Die im Zug des Begutachtungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen, allfällige Einwände und Anregungen werden geprüft und, soweit fachlich und rechtlich vertretbar, auch berücksichtigt. Als Maßstab dafür gilt der Schutzbedarf der künftigen Wasserversorgung.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Die Verordnung soll im Wesentlichen sicherstellen, dass die derzeit bestehende, vorwiegend agrarische Struktur des Raumes erhalten bleibt, aber nicht wesentlich eingeschränkt wird. Es wird, nach dem Vorbild anderer Schongebiete aus jüngerer Zeit, ein modernes Zonenkonzept umgesetzt, das eine differenziertere Ausgestaltung der Anordnungen ermöglicht. Daher wird kein wesentlicher Mehraufwand durch Behördenverfahren erwartet. Der Mehraufwand für vereinzelte zusätzliche Verfahren bei der Bezirksverwaltungsbehörde als Wasserrechtsbehörde erster Instanz ist vernachlässigbar.

V. EU-Konformität

Ist gegeben;

B. Besonderer Teil

Zu § 2 – Schongebietsgrenzen:

Die Schongebietsabgrenzung ergibt sich aus dem vorliegenden Grundlagenoperat und dem darauf aufbauenden Vorschlag des Amtssachverständigen für Wasserwirtschaft.

Wesentlich für die räumliche Abgrenzung eines Schongebiets sowie die inhaltlichen Anordnungen sind die Grundwasserströmungsrichtung, die Grundwasserströmungsgeschwindigkeit und die Gefahrenpotentiale. Die Abgrenzung eines Schongebietes folgt dem Einzugsbereich einer Wasserfassung bzw. der möglichen künftigen Gewinnungsbereiche und der Entnahmekapazität in einem Grundwasservorkommen. Dieser Einzugsbereich wird anhand der geologischen und hydrogeologischen Kennwerte des Grundwasserkörpers mittels einer Grundwassermodellierung oder in vereinfachter Form mittels Verwendung empirischer Formeln bestimmt und in Abhängigkeit von der Fließzeit entsprechend zoniert (Randzone und Kernzone Schongebiet).

Die Fachgrundlagen wurden vom beauftragten Zivilingenieur-Büro erarbeitet. Darin finden sich eine ausführliche Beschreibung der Morphologie, eine geologische Übersicht und eine Beschreibung und Darstellung der hydrogeologischen Verhältnisse. In dem Operat werden die durchgeführten hydrologischen, hydrogeologischen und meteorologischen Erhebungen und Untersuchungen sowie die erhobenen Gefahrenpotenziale für die möglichen zukünftigen Wasserfassungen dargestellt und auf Basis der erhobenen Daten ein konkretes Schutzkonzept vorgeschlagen. Durch die Einteilung in eine Randzone und eine Kernzone können die Anordnungen und ihre Wirkungsbereiche an die unterschiedlichen Anforderungen angepasst und wirkungsorientiert gestaltet werden.

Die erarbeitete Variante einer gemeinsamen Kernzone für die ausgewiesenen, künftig möglichen Brunnenstandorte Nord und Süd und einer eingebetteten Randzone für den künftigen Trinkwassergewinnungsbereich Süd wurde von fachlicher Seite einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die räumliche Ausdehnung der Kernzone umfasst dabei jeweils den Jahresstrombereich zu den möglichen Gewinnungsbereichen bzw. jenen Teil des Grundwasserstrombereichs, der den Gewinnungsbereichen direkt zuströmt. Im nordwestlichen Bereich zwischen dem Ort Abwinden und dem Bahnhof St. Georgen an der Gusen fällt die Grenze der Kernzone mit der Grenze des Schutzgebietes für den bestehenden Tiefbrunnen St. Georgen (Wasserverband Untere Gusen; Nutzung des tieferen Grundwasserhorizont der Linzer Sande) zusammen. Die Nordwestgrenze der Kernzone fällt gemäß Grundlagenoperat mit der Formationsgrenze zwischen den oberflächennahen, quartären Lockergesteinen (Donauschotter, Austufe = Schutzgegenstand des Schongebiets) und den darunter liegenden tertiären Sanden zusammen (treten hier an die Oberfläche). Da es sich hier um unterschiedliche Grundwasserleiter handelt, die im gegenständlichen Beckenbereich zudem durch eine Schlierschicht getrennt sind, ist aus fachlicher Sicht für den potentiellen Brunnenstandort Nord die Einrichtung einer über den Jahresstrombereich hinausgehenden Randzone nicht erforderlich. Die vorgeschlagene Randzone erfasst jenen Teil des Grundwasservorkommens, der über den Jahresstrombereich hinaus dem Strombereich bzw. dem Einzugsgebiet des potentiellen Brunnenstandortes Süd zuzuordnen ist.

Die Abgrenzung im Detail ist den Plandarstellungen in den Anlagen zur Verordnung und dem Fachgutachten zu entnehmen. Die Festlegung der Grenzen berücksichtigt weitgehend Parzellengrenzen und örtliche Gegebenheiten (Straßen, Gewässer usw.).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die gewählte Abgrenzung für den Schutz des Einzugsbereiches möglicher künftiger Trinkwasserbrunnen in der St. Georgener Bucht erforderlich und ausreichend ist. Die im Begutachtungsverfahren vorgeschlagene Verkleinerung der Randzone im nordöstlichen Bereich sowie im Bereich der Siedlung Gusendorf bzw. im Ortsteil Gusen würde dem Schutzzweck (Abdeckung des Einzugsbereiches eines potentiellen künftigen Brunnenstandortes) widersprechen und konnte daher nicht vorgenommen werden. Auswertungen der Grundwasserschichtenlinien zeigen, dass es aus dem gesamten Bereich der festgelegten Randzone zu einem Zustrom des Grundwassers zum potentiellen neuen Gewinnungsbereich kommt (siehe Beilage 13 des Grundlagenoperates). Auch die im Rahmen des Hochwasserschutzes errichteten Spundwände haben daran nichts geändert. Die Sorgen über mögliche Erschwernisse für die bestehenden Betriebe in diesem Bereich oder für allfällige zukünftige Neuwidmungen sind nicht begründet. Die vorgesehenen Anordnungen der Randzone lassen dafür ausreichend Freiraum und bedeuten keine erheblichen Einschränkungen. Ein relevantes Thema für allfällige Neuwidmungen wird weniger die Randzone des Schongebiets als die Lage unmittelbar hinter dem Hochwasserschutz sein, da die Vergrößerung des Schadenspotentials im Fall eines Gebrechens des Hochwasserschutzes zu bedenken sein wird.

Zu § 3 (Abgrenzung zu Schutzgebieten):

Diese Bestimmung stellt klar, dass Anordnungen von Wasserschutzgebieten vorgehen. Die Kompatibilität mit den Anordnungen der bestehenden Schutzgebiete wurde aus fachlicher Sicht geprüft, es gibt keine Konflikte.

Zu § 4 (Bevolligungspflichten) :

Die in § 4 normierten Bewilligungspflichten sollen die sachlichen Erfordernisse des Grundwasserschutzes im Einzelfall im Rahmen von wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren sicherstellen. Bei einigen Tatbeständen wird auch eine "wesentliche Abänderung" bestehender Anlagen einer Bewilligungspflicht unterworfen. Eine wesentliche Abänderung im Sinn dieser Verordnung liegt vor, wenn Auswirkungen auf die Schutzziele des Wasserrechtsgesetzes (insbesondere §§ 12, 30, 105 WRG 1959) und auf das durch diese Verordnung geschützte Grundwasservorkommen und die damit verbundene Grundwassernutzung möglich sind.

In § 4 Abs. 1 Z. 1 wird die Errichtung oder wesentliche Abänderung von Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe mit einem Lagervolumen von mehr als 200 Liter für bewilligungspflichtig erklärt. Ausgenommen davon sind Öllagerungen nach dem Stand der Technik bis zu einem Lagervolumen von insgesamt 5.000 l und Anlagen, die schon nach bundesrechtlichen oder landesrechtlichen Vorschriften einer Bewilligung bedürfen, nach denen gewässerschutzrelevante Kriterien berücksichtigt werden. Größere Mengen wassergefährdender Stoffe können in Abhängigkeit von Art und Lagerung erhebliche Gefährdungspotenziale für das Grundwasser darstellen, weshalb die Bewilligungsfähigkeit bzw. die zum Grundwasserschutz erforderlichen Auflagen im Einzelfall zu beurteilen sind. Der geringe Mehraufwand für zusätzliche Bewilligungsverfahren ist im Hinblick auf das Gefahrenpotential gerechtfertigt. Für neue Anlagen, die eine baurechtliche Bewilligung benötigen, ist der Ausnahmetatbestand Z 1 lit. b erfüllt, soweit im Bauverfahren gem. § 35 Oö. BauO und § 3 Oö. BauTG die Aspekte der Hygiene, Gesundheit und des Umweltschutzes berücksichtigt werden. Für solche Anlagen entsteht damit keine zusätzliche Bewilligungspflicht.

§ 4 Abs. 1 Z. 2: Die Bewilligungspflicht für Aufgrabungen dient dem Schutz der Deckschichten über dem Grundwasserkörper. Ausnahmen für Maßnahmen, von denen keine wesentliche Gefahr ausgeht, wurden vorgesehen.

Unter Maßnahmen zur Grundwassererkundung sowie zur Verbesserung oder Erhaltung der Grundwasserqualität fallen jedenfalls Sanierungsmaßnahmen zur Altlastensanierung und Maßnahmen nach § 56 WRG.

In § 4 Abs. 1 Z 3 wird die Errichtung oder Erweiterung von befestigten Flächen, die als Stellplätze für Kfz, Verkehrs-, Lager- oder Manipulationsflächen genutzt werden sowie die Versickerung der auf diesen Flächen anfallenden Oberflächenwässer für bewilligungspflichtig erklärt, sofern eine Einzugsfläche von 250 m² überschritten wird. Instandhaltungsmaßnahmen sind von der Bewilligungspflicht ausgenommen. Die Einzugsfläche ist die Summe der zusammenhängenden Verkehrs-, Lager- oder Manipulationsflächen und Abstellflächen, die für eine Versickerung vorgesehen sind. Die auf solchen Flächen anfallenden, potentiell belasteten Oberflächenwässer stellen ein zusätzliches Gefahrenpotenzial für das Grundwasser dar. Durch die Versickerung dieser Wässer kann es zu einem Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser kommen. Die Bewilligungsfähigkeit und die erforderlichen Auflagen hängen von Art und Nutzung der Flächen sowie von der Art der Oberflächenwasserbeseitigung ab und ist im Einzelfall zu beurteilen. In den Bewilligungsverfahren wird der Stand der Technik beachtet und können die im Einzelfall notwendigen Anordnungen zur baulichen Ausführung dieser Flächen und zur diesbezüglichen Materialwahl vorgeschrieben werden. Für Ableitungsanlagen in einen Vorfluter oder einen Kanal ist keine spezielle Regelung erforderlich.

In § 4 Abs. 1 Z 4 und 5 wird die Errichtung von Flugplätzen und von militärischen Übungsplätzen sowie von Feldtankstellen und Versorgungspunkten für Betriebsmittel im Rahmen von mi-

litärischen Übungen für bewilligungspflichtig erklärt. Bei diesen Maßnahmen sind aus fachlicher Sicht besonders die Bereiche Abwasser- und Oberflächenwasserbeseitigung sowie die Störfallvorsorge im Zuge eines wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens im Sinn des Grundwasserschutzes zu regeln.

Zu § 5 - Sonstige Einschränkungen im gesamten Schongebiet:

Die in § 5 Abs. 1 normierten Verbote haben das Ziel, Maßnahmen, von denen eine Gefährdung für den geschützten Bereich ausgehen kann, zu verhindern.

§ 5 Abs. 1 Z 1 verbietet die Errichtung von Deponien für Reststoffe und Massenabfälle. Solche Deponien sind durch die Art und Menge der abzulagernden Abfälle eine potentielle Gefahr für das Grundwassers, die von vornherein ausgeschlossen werden soll.

§ 5 Abs. 1 Z 2 verbietet die Ablagerung offener radioaktiver Abfälle.

§ 5 Abs. 1 Z 3 u. 4 beschränken die Ablagerung oder den Einbau von Aushubmaterial und Aschen. Bestimmte Qualitätskriterien sind zu erfüllen. Grundsätzlich sind Maßnahmen, die die Vorgaben des Bundesabfallwirtschaftsplan erfüllen, zulässig. Vom Verbot der Ablagerung und des Einbaus von Aschen und Verbrennungsrückständen ist Holzasche unter bestimmten Voraussetzungen ausgenommen. Eine Verwendung von Aschen ist nur im Rahmen der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft, wie sie z.B. durch die "Richtlinie für den sachgerechten Einsatz von Pflanzenaschen" des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (vormals: des Fachbeirates für Bodenschutz), 1. Auflage 2011, definiert wird, zulässig.

§ 5 Abs. 1 Z 5 verbietet Nass- und Trockenbaggerungen, um die damit verbundene Gefahr für das Grundwasser durch Abtragung oder Durchörterung der Deckschichten und durch freie Grundwasserflächen ohne Überdeckung und die daraus resultierenden Gefahrenpotenziale (thermische Einwirkung aus der Sonneneinstrahlung, unmittelbare Kontamination des Grundwassers ohne Filterwirkung) zu verhindern. Unter dem Gewinnen von mineralischen Rohstoffen wird eine Tätigkeit verstanden, die mit für einen Bergbaubetrieb typischen Mitteln und Methoden erfolgt und zu einer Verwertung des gewonnenen Materials führt. Eine Entnahme mit typisch landwirtschaftlichen Geräten lediglich zur Befriedigung eines Eigenbedarfs fällt nicht darunter. Eine Gewinnungsabsicht ist aber nicht entscheidend. Es kommt auf die faktische Entnahme und Verwertung von mineralischen Rohstoffen an.

§ 5 Abs. 1 Z 6 verbietet die Errichtung bestimmter Betriebe und thermischer oder chemischer Abfallbehandlungsanlagen, die aufgrund ihrer Art und Größe eine Grundwassergefährdung darstellen können. Die statische Verweisung auf die Betriebstypenverordnung wurde bewusst gewählt, damit Änderungen der Verordnung keinen Einfluss auf das Niveau des Grundwasserschutzes haben können.

§ 5 Abs. 1 Z 7 verbietet die Einbringung von Abwässern ins Grundwasser. Kommunale und betriebliche Abwässer weisen erhebliche chemische und bakteriologische Belastungen auf und dürfen daher nicht ins Grundwasser eingebracht werden. Die Versickerung unverschmutzter Kühlwässer ist zulässig.

In § 5 Abs. 1 Z 8 wird die Errichtung von Anlagen zur punktförmigen Versickerung von Oberflächenwässern verboten. Punktförmige Versickerungen sind zB Einbringungen ins Grundwasser über Sickerschächte oder über Rigole. Schotterkoffer entlang von Gebäuden sind keine Anlagen zur punktförmigen Versickerung. Eine nähere Festlegung der zulässigen Ausnahmen bezüglich Größe von Dachflächen und Dachmaterialien ist aufgrund der agrarischen Struktur des Gebietes nicht erforderlich.

§ 5 Abs. 1 Z 9 stellt klar, dass Pflanzenschutzmittel, die nicht für eine Anwendung in wasserrechtlich geschützten Gebieten geeignet sind, nicht verwendet werden dürfen. Maßgebend sind die Zulassungsbedingungen und die Anwendungsempfehlungen der Hersteller.

Zu § 5 Abs. 3:

Ein dem Stand der Technik entsprechender Düngeplan erfordert die Anwendung der "Richtlinien für die sachgerechte Düngung", des für Landwirtschaft zuständigen Bundesministeriums. Diese Richtlinien formulieren den geltenden Stand der Technik in der landwirtschaftlichen Düngepraxis und sind bei der Bemessung der Stickstoffdüngermengen unter Heranziehung der digitalen Bodenkarte eBod oder gleichwertiger Grundlagen einzuhalten (siehe "Richtlinien für die sachgerechte Düngung" des Fachbeirates für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, dzt. 8. Auflage, aktualisierte Version 2023). Dabei werden sowohl die Qualität des Bodens, die Ertragserwartung als auch die vom Pflanzenbestand benötigte Düngemenge bewertet und somit eine möglichst ausgewogene und grundwasserschonende Düngung erzielt. Die Festlegung von Bodenkennwerten, der Ertragslagen und Düngerobergrenzen in der Schongebietsverordnung selbst zur Einschränkung des sich aus den Richtlinien für die sachgerechte Düngung ergebenden Spielraums ist aus fachlicher Sicht derzeit nicht erforderlich. Nach den bisherigen Erfahrungen ist für den besonderen Schutz der allgemeinen Wasserversorgung die verpflichtende Anwendung der Richtlinien für die sachgerechte Düngung ausreichend. Es braucht derzeit keine weitere Konkretisierung. Aufgrund der auch in den Aufzeichnungen anzugebenden Ertragslage und der zu dokumentierenden tatsächlichen Erträge gibt es keinen zu großen Spielraum für die BewirtschafterInnen.

Weitere, verschärfte Anforderungen an die Stickstoffdüngung sind wegen der gegebenen Bewirtschaftungsweise und der derzeit relativ geringen Belastung im Grundwasser des Schongebietsbereichs nicht erforderlich. Beim Grundwassermonitoring wurden 2024 Nitratwerte zwischen 13mg/l und 28 mg/l gemessen. Sollten sich zukünftig steigende Tendenzen zeigen, müsste über weitere Maßnahmen nachgedacht werden.

Zu § 6 - Bewilligungspflichten in den Kernzonen:

§ 6 Abs. 1 Z. 1 senkt die Schwelle der Bewilligungspflicht für Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Kraft-, Brenn- und Schmierstoffe in der Kernzone auf 1000 l. Der geringe Mehraufwand für zusätzliche Bewilligungsverfahren ist im Hinblick auf das Gefahrenpotential gerechtfertigt.

§ 6 Abs. 1 Z. 2: Die Bewilligungspflicht für die Errichtung oder wesentliche Erweiterung von Anlagen oder Einrichtungen zur Freizeitnutzung, von denen eine Grundwassergefährdung ausgeht, ist erforderlich, weil solche Anlagen oder Einrichtungen durch die besondere Flächennutzung oder den damit verbundenen erhöhten Besucherstrom eine Gefährdung des Grundwassers darstellen können. Die Bewilligungsfähigkeit bzw. die erforderlichen Auflagen sind im Einzelfall zu beurteilen. Für den Bereich der bestehenden Schutzgebiete gibt es ohnehin weitere Einschränkungen.

§ 6 Abs. 1 Z. 3: Von der Bewilligungspflicht für die Neuerrichtung und die Erweiterung von großen Verkehrswegen innerhalb der Kernzone sind gemäß den straßenrechtlichen Bestimmungen auch Nebenanlagen wie Parkplätze, Bankette usw. erfasst.

§ 6 Abs. 1 Z. 4 verschärft die Regelung für die Kfz, Verkehrs-, Lager- oder Manipulationsflächen in der Kernzone.

In § 6 Abs. 1 Z. 5 wird für Grabungen ab 1m Tiefe, soweit sie noch nicht unter das Grabungsverbot in der Kernzone fallen, eine Bewilligungspflicht festgesetzt, damit im Bewilligungsverfahren Sicherheitsvorkehrungen (z.B. Betankung nur über einer dichten Wanne oder außerhalb der Grabung) vorgeschrieben werden können. Die Ausnahme für Aufgrabungen kleiner

250 m² erleichtert die Errichtung von Baugruben für kleinere Baumaßnahmen, bei denen das Gefährdungsrisiko gering ist.

Die Festlegung der Grenze auf „1 m unter Geländeoberkante“ ist aufgrund der geringen Überdeckungen und des geringen Flurabstandes erforderlich.

Zu § 7 – Sonstige Einschränkungen in der Kernzone

Über die in § 5 Abs. 1 normierten Verbote hinaus sind in der Kernzone weitere Maßnahmen unzulässig. Zusätzliche Verbote und Beschränkungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und für Stickstoffdüngungen in der Kernzone sind aus fachlicher Sicht nicht erforderlich. Für den Bereich der Schutzgebiete gibt es ohnehin strengere Anordnungen.

§ 7 Abs. 1 Z. 1 untersagt die Errichtung oder die Erweiterung von Anlagen zur Aufbereitung, Behandlung oder Lagerung von Abfällen gemäß der §§ 37 Abs. 1 AWG 2002 aufgrund der damit in der Regel verbunden Gefahren für das Grundwasser. Anlagen gem. § 37 Abs. 2 AWG 2002 fallen nicht unter dieses Verbot.

§ 7 Abs. 1 Z. 2 untersagt Aufgrabungen, Bohrungen und Sprengungen aller Art tiefer als 2 m unter Geländeoberkante, weil diese den erforderlichen Schutz des Grundwassers durch Abtrag oder Durchörterung der Deckschichten gefährden können. Maßnahmen, die in Hinblick auf das geringe Gefährdungspotential und das öffentliche Interesse an ihrer Durchführung angenommen werden können, sind durch lit a) bis g) vom Verbot ausgenommen. Die Zulässigkeit von Wasserentnahmen wird zusätzlich durch Z.6 eingeschränkt.

Die Ausnahme für Infrastruktureinrichtungen gem. lit c) ist notwendig, um Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Interesse nicht gänzlich unmöglich zu machen. Das Grundwassergefährdungspotenzial kann im Rahmen des erforderlichen Bewilligungsverfahrens (§ 6 Abs. 1 Z. 3) ausreichend berücksichtigt werden.

Die Ausnahme unter lit g) ermöglicht die Realisierung von in hohem öffentlichem Interesse liegenden Maßnahmen zur Restrukturierung der Donau.

In § 7 Abs. 1 Z. 3 werden die Errichtung oder wesentliche Erweiterung von Friedhöfen verboten. Friedhöfe können durch Umwandlungsprozesse und mögliche Auswaschungen von Sickerwässern die Trinkwassernutzung gefährden.

In § 7 Abs. 1 Z. 4 und 5 werden Tätigkeiten der Land- und Forstwirtschaft, die das Grundwasser in qualitativer Hinsicht gefährden können, verboten. Aufgrund der geringen Anzahl der Betriebe im Schongebietsbereich und der geringen Gefährdung ist aus fachlicher Sicht die Ausbringung betriebseigener häuslicher Senkgrubeninhalte zuzulassen, auch eine Ausbringung der betriebseigenen Senkgrubeninhalte durch den Pächter ist aus fachlicher Sicht unproblematisch. Das Verbot zielt vor allem auf eine gewerbsmäßige Entsorgung von häuslichen Abwässern ab.

§ 7 Abs. 1 Z. 6 schränkt die Zulässigkeit von Grundwasserentnahmen im Schongebiet ein. Damit werden mengenmäßige oder qualitative Beeinträchtigungen der geschützten Wasserversorgungsanlagen vermieden. Diese Regelung ist wegen des teilweise sehr geringen Flurabstands im betroffenen Bereich ergänzend zum Grabungsverbot der Z. 2 erforderlich, weil Grundwasserentnahmen auch möglich wären, ohne mit dem Grabungsverbot der Z. 2 in Konflikt zu kommen. Bewässerungsbrunnen sollen im Hinblick auf die potenziellen Nutzungskonflikte mit der Trinkwasserversorgung im Schongebietsbereich der Kernzone unter Berücksichtigung des hier verfügbaren Grundwasserdargebot nicht möglich sein. Eine Ausnahme ist aus fachlicher Sicht nicht möglich. Bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits rechtmäßig bestehende oder zumindest bewilligte Brunnen können gem. § 7 Abs. 2 errichtet bzw. weiter betrieben werden.

In § 7 Abs. 1 Z. 7 werden Anlagen verboten, von denen eine mehr als geringfügige Grundwassergefährdung ausgehen kann. Ausnahmen für Mengen im Rahmen des eigenen Haus- und Wirtschaftsbedarfes und Modernisierungsmaßnahmen sind vorgesehen. Als für den Haus- und Wirtschaftsbedarf übliche Menge können in der Regel Gebinde bis max. 20 kg oder 20 l gelten. Mineralöllagerungen fallen nach Maßgabe von § 6 Abs.1 Zif.1 nicht unter dieses Verbot.

Zu § 8 – Interessenten an der künftigen Wasserversorgung

Der Wasserverband Untere Gusen und die LINZ SERVICE GmbH für Infrastruktur und Kommunale Dienste habe sich als Interessenten für dieses Schongebiet zur Sicherung des zukünftigen Wasserbedarfs deklariert. Sie hätten für allfällige Entschädigungsansprüche nach § 34 Abs. 4 WRG 1959 aufzukommen. Solche sind aber aufgrund der in dieser Verordnung ausgesprochenen Anordnungen aus heutiger Sicht nicht zu erwarten. Als Interessenten haben sie in allen Verfahren, die das geschützte Wasservorkommen betreffen, Parteistellung.

Zu § 10 – Inkrafttreten

Diese Verordnung kann sofort mit ihrer Kundmachung in Kraft treten, Übergangsbestimmungen sind nicht erforderlich.

13. Februar 2025

Mag. Mossbauer